

Mitteilung für die Medien

Berlin, 22.05.2019

70 Jahre Grundgesetz: Für das freie Wort zu Israel und Palästina

In einem offenen Brief anlässlich von 70 Jahren Grundgesetz an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages warnen Friedens- und Menschenrechtsorganisationen vor der Gefährdung des Rechts auf Meinungsfreiheit. Sie beobachten, wie im Bereich Israel/Palästina zunehmend das Recht, sich frei zu äußern, auch in Deutschland eingeschränkt wird.

Raumverbote in Essen, München, Frankfurt, Berlin, Nordrhein-Westfalen oder Baden-Württemberg sowie die Bundestagserklärung von SPD, Union, FDP und Grünen: „Der BDS-Bewegung entschlossen entgegentreten – Antisemitismus bekämpfen“ haben zur Konsequenz, dass Debatten z.B. über zivilen Widerstand gegen die israelische Regierungspolitik von vornherein verhindert werden, anstatt sie politisch und konstruktiv auszutragen. Ergebnis ist, dass Informations- und Solidaritätsveranstaltungen zu den von der israelischen Regierung und den israelischen Sicherheitskräften begangenen Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das Völkerrecht behindert und verhindert werden. Verhindert wurden so Veranstaltungen, die z.B. die israelische Militärbesetzung palästinensischer Territorien, den israelischen Siedlungsbau auf besetztem Gebiet, die gescheiterte internationale Politik der „Friedensprozesse“, die Ausgrenzung der palästinensischen Bevölkerung innerhalb Israels oder Flüchtlingslager zum Thema haben. Die Vorwürfe des Antisemitismus treffen dabei oft auch jüdische Referent*innen.

Ausdrücklich protestieren die Organisationen gegen den Beschluss des Bundestages vom 17. Mai, der ihrer Einschätzung nach die Meinungsfreiheit begrenzt. An die Abgeordneten appellieren sie, zum Artikel 5 des Grundgesetzes zu stehen und sich für einen gerechten Frieden in Israel und Palästina einzusetzen, der Völkerrecht und Menschenrechte sowohl Israel*innen als auch Palästinenser*innen garantiert.

Den Offenen Brief finden Sie unter

[www.ipnw.de/commonFiles/pdfs/Frieden/Offener Brief 70 GG Israel Palaestina.pdf](http://www.ipnw.de/commonFiles/pdfs/Frieden/Offener_Brief_70_GG_Israel_Palaestina.pdf)

Die Unterzeichner*innen:

Forum Friedensethik (FFE) in der Evangelischen Landeskirche in Baden, Frauen wagen Frieden, IPPNW, jüdisch-palästinensische Dialoggruppe, Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost, Kooperation für den Frieden, Kurve Wustrow, Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden (PPF), pax christi Nahostkommission, Versöhnungsbund, Zentrum für Friedenskultur (ZFK)

Sie finden die Meldung auch auf www.paxchristi.de

Kontakt

pax christi – Nahostkommission

Tel. 030.200 76 78-0

Fax 030.200 76 78-19

sekretariat@paxchristi.de

www.paxchristi.de

Spenden unterstützen pax christi

pax christi-Spendenkonto:

Pax Bank

IBAN DE17 3706 0193 4006 1000 10

BIC GENODED1PAX

An- und Abmeldungen aus dem Newsletter sind [hier](#) möglich.